

Feuerwehren: Wir sind nicht für Corona-Tests zuständig

Aktion der Landesregierung stößt auf heftige Kritik.

VON BERND WIENTJES

TRIER Der fünfseitige Brief adressiert an die „Damen und Herren Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte“ kam am Freitagnachmittag in den Verwaltungen an. Unterschrieben vom rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz, den Vorständen der kommunalen Spitzengremien im Land und dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes, Frank Hachemer. In dem Schreiben werden die Kommunen aufgefordert, in allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Verbandsgemeinden Testzentren einzurichten, um ein flächendeckendes Schnelltest-Angebot sicherzustellen. Die Landesregierung habe „alle Kräfte“ mobilisiert, um so schnell wie möglich im ganzen Land Testmöglichkeiten zu schaffen, teilte die Staatskanzlei am Freitag mit, als sie das „Testen für Alle“ vorstellte. Zu diesen Kräften, die das Land angeblich mobilisiert hat, zählt die Freiwillige Feuerwehr. Diese soll Testzentren betreiben und Personal dafür stellen.

Das wiederum hat jedoch am Wochenende für zum Teil großen Unmut bei den Wehren geführt. „Zu keinem Zeitpunkt wurden wir befragt oder um unsere Meinung gebeten, ob wir einem solchen Ansinnen zustimmen oder unsere Unterstützung zusagen“, kritisiert etwa der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbandes des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Oliver Thömmes. „Wir in den Feuerwehren sind stets bereit zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird. Wir sind aber auch eine Freiwilligenorganisation die für sich ein Mitspracherecht in Anspruch nimmt“, schreibt er auf der Facebook-Seite des Verbandes. Dieses Mitspracherecht sei durch das auch vom Landesfeuerwehrverband mit unterzeichnete Anschreiben „in vielfältiger Weise missachtet“.

Zustimmung erhält Thömmes unter anderem von den Landräten aus dem Eifelkreis und der Vulkaneifel. „Sicher bekommen wir als Landkreis auch die flächendeckenden Bevölkerungstests hin, wir sind als Kreisverwaltung mit den Hilfsorganisationen und den Gesundheitsdiensten bestens vorbereitet, die uns gestellten Aufgaben zu bewältigen. Aber dann sollte man uns auch diese Aufgabe in der Organisation überlassen“, schreibt der Bitburg-Prümer Landrat Joachim Streit (Freie Wähler) auf Facebook. Er macht aus seinem Groll auf die Landesregierung keinen Hehl. Am Freitagnachmittag um 16.15 Uhr habe er ohne Ankündigung eine Mail des Gesundheitsministeriums erhalten, dass der Kreis die Corona-Testzentren wieder aktivieren sollte, „um kostenlose Schnelltests wohnortnah der Bevölkerung ab dem 1.3. anzubieten“. Nach einem Jahr „Pandemie und Krisenmodus“, sei „der Befehl wieder an einem Freitagnachmittag“ gekommen, kritisiert Streit. Sein Kollege aus Daun, Heinz-Peter Thiel, wird noch deutlicher: „Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind nicht für Schnelltests oder ähnliches in der Pandemie-Lage vorgesehen. Hier reicht das private Angebot in Arztpraxen, durch Apotheken, in Fieber- und Corona-Ambulanzen.“

Der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes kann den Ärger bei den Feuerwehren verstehen. Auch er sehe den von ihm unterzeichneten Brief kritisch, sagt Hachemer unserer Zeitung. Es gehe, anders als von den Feuerwehren dargestellt, nicht darum, in jeder Feuerwache ein Testzentrum aufzubauen. Er habe im Vorfeld das Innenministerium auch darauf hingewiesen, dass das Schreiben missverständlich formuliert sei. Gleichzeitig hat der Verband selbst am Samstag auf seiner Facebook-Seite einen Aufruf gestartet: „Jetzt werden die Feuerwehren gebraucht!“ mit Verweis auf die Testzentren.

„So kann es nicht weitergehen“

Viele Gastronomen sind verzweifelt. Seit November sind ihre Betriebe zwangsweise geschlossen. Einige von ihnen haben gestern in Trier protestiert.

VON BERND WIENTJES

TRIER Karina Marino schreit ihre Wut heraus. „Was ist mit Ostern? Können wir dann endlich wieder öffnen“, ruft die aufgebracht Inhaberin einer Pizzeria in Birkenfeld den Landtagsabgeordneten Sven Teuber (SPD) und Ellen Demuth (CDU) entgegen. Marino ist eine von über 100 Teilnehmern der stillen Mahnwache, zu der der rheinland-pfälzische Hotel- und Gaststättenverband an diesem Montag auf dem Trierer Hauptmarkt aufgerufen hat. Mit dem Protest wollen die Wirte, Restaurantbetreiber und Hoteliers auf Öffnungsperspektiven drängen.

Seit November hätten die 13 500 Familienbetriebe der Branche keine Einnahmen mehr, macht Verbandschef Gereon Haumann klar. Die Not sei groß. Wie groß, das macht Pizzeria-Betreiberin Marino an diesem Vormittag deutlich. „Ihr habt uns das Weihnachtsgeschäft kaputt gemacht. Silvester ist ausgefallen. Das Valentinsgeschäft. Keine Geburtstagsfeiern. Und nun auch noch Ostern?“ Sie verlangt, dass dann zumindest die Außengastronomie geöffnet wird. Die beiden Landtagsabgeordneten wirken angesichts des vom Applaus der protestierenden Gastronomen begleiteten Wutrede der Restaurantbetreiberin zunächst etwas irritiert. Zwar sprechen sowohl Teuber als auch Demuth davon, dass es Perspektiven für die Gastronomie geben müsse, die CDU-Politikerin bittet aber angesichts wieder steigender Corona-Zahlen um Verständnis, dass man behutsam sein müsse bei den Öffnungen, um eine dritte Infekti-



Weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht, demonstrieren die Gastwirte in Trier für Lockerungen und die Öffnung der Restaurants und Hotels.

FOTO: HANS KRÄMER

onswelle zu vermeiden. Applaus bekommt Marino nicht nur von den Kollegen sondern auch vom Trierer AfD-Landtagsabgeordneten Michael Frisch. Er fordert eine sofortige Öffnung des Gastgewerbes.

Petra Hermes gibt nicht viel auf die Aussagen der Politiker. „Das ist doch alles Wahlkampf“, sagt die Inhaberin des Dorcafés in Neumagen-Dhron (Bernkastel-Wittlich). Auch sie ist verzweifelt. „So kann es nicht weitergehen. Man hat morgens doch keine Lust mehr aufzustehen. Wir brauchen endlich eine Perspektive, damit wir wissen, wie es weitergeht.“ Sie weiß, dass eine Öffnungsperspektive nicht bedeutet, dass sie sofort ihr Café wieder aufmachen darf. Aber allzu lange dürfe es nicht mehr dauern, bis es Lockerungen für die Gastronomie gebe, sagt sie. „Wir müssen mit dem Virus leben.“ Daher sieht sie in dem Einsatz von Schnelltests

und dem schnelleren Impfen eine Möglichkeit, die Gastronomie bald wieder öffnen zu können. Kostenlose Selbsttests, die Restaurantbesucher vor dem Betreten der Lokalität durchführen sollen, könnten helfen, die Betriebe schneller wieder zu öffnen, sagt auch Haumann. Er steht bereits im Kontakt mit einem Hersteller solcher Tests, die angeblich nach einigen Sekunden ein verlässliches Ergebnis anzeigten. Allerdings hieße das auch, dass bei einem positiven Test, der Wirt von seinem Hausrecht Gebrauch machen und dem Gast den Zutritt zum Restaurant verweigern könne, sagt Haumann.

Vor dem Brunnen auf dem Hauptmarkt hat der Hotel- und Gaststättenverband an diesem Morgen einen gedeckten Tisch mit sechs Stühlen aufgebaut. Ein Symbol für die leeren Tische in den Restaurants. Symbolisch auch die 135 Ker-

zen entlang des blauen Teppichs vor dem Tisch. Jedes dieser Hoffnungslichter, wie Haumann sie nennt, stehe für jeweils 100 Familienbetriebe der Gastronomie in Rheinland-Pfalz. Der Verbandschef sieht in der raschen Öffnung der Betriebe auch einen Beitrag zum Infektionsschutz. Statt dass sich die Menschen ohne Einhaltung der Hygieneregeln draußen oder in Privatwohnungen trafen, wären die Gäste in den Restaurants sicher. Die Betreiber hielten sich streng an die Vorgaben, versichert Haumann. „Wir fordern einen Fahrplan mit klaren und nachvollziehbaren Kriterien, wann, wer, unter welchen Bedingungen dauerhaft wieder öffnen darf“, sagt er an die Politiker gerichtet. Zur Not müsse es regional unterschiedliche Öffnungsszenarien geben, abhängig vom örtlichen Infektionsgeschehen.

Eine Bilderstrecke und ein Video gibt es auf volksfreund.de

Maria provoziert auch den Trierer Bischof

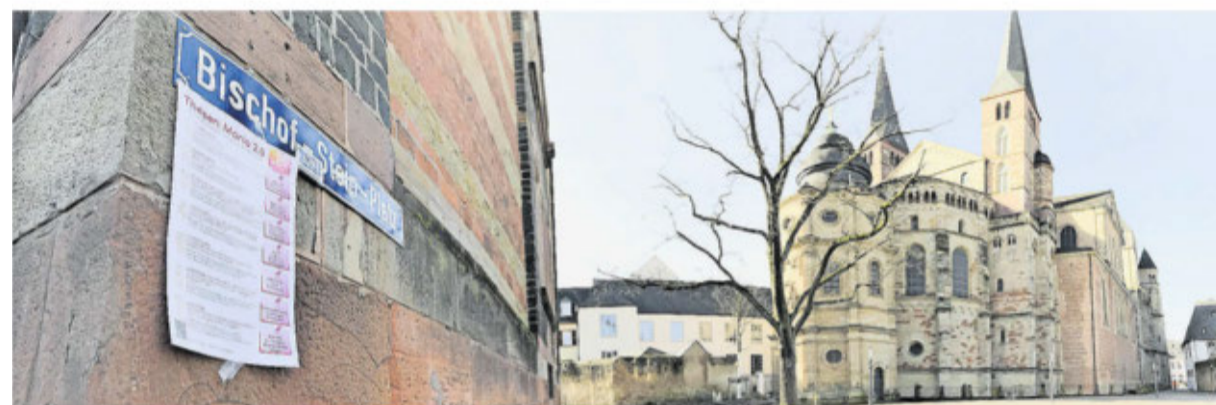
Katholische Reformgruppen legen vor Beginn der Bischofskonferenz den Finger in die Wunde.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Wenn sich die deutschen Bischöfe ab Dienstag zur ihrer traditionellen Frühjahrsvollversammlung treffen, wird einiges anders sein als sonst. Zum ersten Mal in der Geschichte treffen sich die 68 Bischöfe und Weihbischöfe dieses Mal virtuell und nicht, wie geplant, im ostdeutschen Bistum Dresden-Meißen.

Auch die Tagesordnung dürfte bei den zugeschalteten Konferenzteilnehmern kaum Begeisterung hervorrufen. Es geht unter anderem um die stark steigenden Kirchenaustrittszahlen, um den Synodalen Weg und einmal mehr ums Dauerthema Missbrauch. Dazu wird ein aktueller Bericht des kirchlichen Missbrauchsbeauftragten und Trierer Bischofs Stephan Ackermann erwartet.

Für mehrere katholische Laiengruppierungen steht fest, dass die Kirche bei diesem heiklen Thema immer noch zu wenig Aufklärungsarbeit leistet und zu sehr auf die Bremse tritt. „Nehmen Sie die Betroffenen ernst, anstatt sich selbst als Opfer darzustellen“, heißt es in einem am Montag veröffentlichten Appell, den unter anderem die Katholische Frauengemeinschaft, die Reformbewegung Kirche von unten und die Betroffeneninitiative Eckiger Tisch unterzeichnet haben. Sie fordern die Bischöfe dazu auf, die Missbrauchstaten endlich aufzuklären, Verantwortliche zu benennen und die Betroffenen angemessen zu entschädigen. Keine wesentlich neuen Forderungen, könnte man meinen, doch dürften zuletzt gerade die Vorgänge um ein bislang nicht veröffentlichtes Gutachten im Erzbistum Köln neues Öl ins Feuer ge-



Mitglieder von Maria 2.0 haben auch rund um den Trierer Dom ihr provokantes Thesenpapier aufgehängt.

FOTO: MARIA 2.0

gossen haben. Kardinal Rainer Maria Woelki steht deshalb seit Wochen unter Beschuss, immer mehr Priester und Gläubige gehen auf Distanz. Auch der Trierer Bischof Stephan Ackermann räumte unlängst im Gespräch mit unserer Zeitung ein, dass die Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung des Kölner Missbrauchsgutachtens in sehr vielen Menschen Zweifel am ehrlichen Willen zur Aufarbeitung schürten.

Zweifel an der Reformfreudigkeit und -fähigkeit der männerdominierten katholischen Kirche hat auch die Initiative Maria 2.0. Mitglieder und Sympathisanten nahmen sich am Sonntag ein Beispiel an dem Augustinermönch Martin Luther und klebten bundesweit ihr sieben Thesen umfassendes Papier an Kirchentüren. Auch am Eingangsportal des Trierer Doms und unter einem Straßenschild des benachbarten Bischof-Stein-Platzes hing ein Thesenpapier. Darin wird etwa der Klerikalismus als „eines der Grundprobleme der katholischen Kirche“ bezeichnet. Die von der Kirche offiziell gelehrt Sexualmoral sei lebensfremd und diskriminierend, heißt es weiter, sie ori-

entiere sich nicht am christlichen Menschenbild und werde von der Mehrheit der Gläubigen auch nicht mehr ernstgenommen.

Ob die Thesen bistumsweit nur in Trier hingen oder auch noch an anderen Orten, ist unklar. Dass auch der Bischof-Stein-Platz ausgewählt wurde, dürfte mit den Vertuschungsvorwürfen zusammenhängen, die die Trierer Missbrauchsinitiative Missbit gegen Bernhard Stein er-

hebt. Missbit und die Trierer Grünen fordern deshalb eine Umbenennung des Platzes neben dem Dom.

Eine Sprecherin des Bistums sagte unserer Zeitung, das Thesenpapier am Dom sei „nach kurzer Zeit von den Domsakristanen entfernt“ worden. Bischof Stephan Ackermann verwies auf die Reformen im Bistum und den Synodalen Weg. Dort hätten „die von Maria 2.0 angemahnten Themenfelder ihren Platz“.

EXTRA

Verfahren gegen Pfarrer eingestellt

(kat) Das Bistum Trier hat das kirchenrechtliche Verfahren gegen einen Pfarrer aus dem Raum Merzig abgeschlossen. „Die Beschuldigung ist unbegründet“, teilt Bistumsprecherin Judith Rupp mit. Dem Geistlichen war vorgeworfen worden, in den Jahren 1974/75 ein Mädchen sexuell missbraucht zu haben. Kirchenbedienstete hatten den Vorwurf gemeldet (der TV berichtete). Im August hatte die Staatsanwaltschaft Saarbrücken das strafrecht-

liche Verfahren eingestellt – wegen Verjährung und weil Sachverhalt und Beweislage als äußerst vage zu bewerten sind.

In einem anderen Verfahren, das den Vorwurf eines versuchten sexuellen Missbrauchs zum Gegenstand hatte, kam das Bistum zu dem Ergebnis, dass disziplinarrechtliche Konsequenzen angemessen seien, heißt es. Der Pfarrer sei mittlerweile in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Er dürfe erst wieder seinen priesterlichen Dienst ausüben, wenn er eine Therapie gemacht habe.

Trier investiert in Touristen und Trinkwasserbrunnen

500 000 Euro fließen vom Land, um der Stadt nach der Krise Impulse zu verleihen. Der Opposition reicht das nicht, um Existenzen zu retten.

VON FLORIAN SCHLECHT

TRIER/MAINZ Damit nach dem Corona-Lockdown wieder viele Menschen nach Trier strömen, hübscht sich die Stadt auf. Fördermittel von 500 000 Euro fließen in der Krise vom Land, für die Oberbürgermeister Wolfram Leibe (SPD) bereits feste Pläne hat. Leibe sprach davon, mehr Geld in das Stadtmarketing investieren zu wollen, um Kunden aus Luxemburg über soziale Netzwerke anzusprechen und nach Trier zu locken, wenn Geschäfte wieder öffnen dürfen. Jeder dritte Euro aus dem Umsatz in der lokalen Gastronomie und Einzelhandel komme aus Luxemburg, sagte Leibe. Mittel fließen sollen auch in die technische Ausstattung und neue Möbel im Trierer Brunnenhof, wo die Kultur in normalen Zeiten viele Veranstaltungen austrägt. Um Fußgängern mehr zu bieten, kündigte Leibe zwei neue Trinkwasserbrunnen für Trier, mehr Sitzmöglichkeiten in der Innenstadt und einen Zuschuss für die City-Initiative an, die Interessen von Händlern und Gastronomen vertritt. Mit insgesamt 2,5 Millionen Euro fördert das Land die fünf großen Oberzentren in Rheinland-Pfalz, um in den Städten neue Impulse zu setzen. Nach Trier fließen dabei in diesem und im kommenden Jahr je 250 000 Euro. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte am Montag, die Corona-Kri-

se beschleunige den Wandel der Innenstädte, in denen viele Immobilien leer stünden. Ziel sei es, ab 2022 auch Mittelzentren zu unterstützen. Profitieren könnten ab dann Städte wie Daun, Hermeskeil, Wittlich oder Saarburg.

Um der Wirtschaft zu helfen, unterstrich Dreyer ihre Erwartungen an eine Öffnungsperspektive zum Bund-Länder-Gipfel am 3. März. Wie sie sich diese aus rheinland-pfälzischer Sicht vorstellt, präzisierete Dreyer aber nicht. Aus der eigenen Ampelkoalition heraus wächst dagegen der Druck. FDP-Spitzenkandidatin und Wirtschaftsstaatssekretärin Daniela Schmitt sagte, Modellvorhaben in den fünf großen Städten dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass ganz Rheinland-Pfalz ein Ladensterben fürchten müsse. Sie forderte von der Bundesregierung eine Forschungsoffensive, um einen coronasicheren Betrieb von Läden und Geschäften zu ermöglichen. Auch die Opposition macht Druck. AfD-Spitzenkandidat Michael Frisch pochte darauf, den Einzelhandel unter Einhaltung bewährter Schutzkonzepte sofort zu öffnen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Martin zeigte sich verwundert, „dass die Landesregierung drei Wochen vor der Landtagswahl ausgerechnet fünf Großstädte mit SPD-Bürgermeistern auswählt, die nun Hilfe bekommen sollen.“ Kleine und mittlere Städte blieben unberücksichtigt, monierte er. Um Händler zu stärken, schlägt die CDU einen monatlichen Unternehmerlohn von 1000 Euro für alle inhabergeführten Betriebe vor, die im Lockdown geschlossen sind.

Produktion dieser Seite:

Heribert Waschbüsch/Andreas Feichtner